

Halbzeitbilanz der Bundesregierung

Was jetzt für den Standort zu tun ist

28. August 2023

Transformation möglich machen – Wachstumschancen schaffen

Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP hat sich vor knapp zwei Jahren unter der Überschrift „Mehr Fortschritt wagen“ ambitionierte Ziele für diese Legislatur gesetzt. Doch die fundamental veränderte außen- und sicherheitspolitische Lage durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu intensivem Krisenmanagement gezwungen. Die Koalition hat hier weitgehend richtig gehandelt. Die Krise hat große Belastungen für unseren Wohlstand gebracht, aber auch längst vorhandene, tiefgreifende Strukturprobleme erneut verstärkt. Der Standort Deutschland droht international abgehängt zu werden. Krisenmanagement reicht nicht mehr aus. Es braucht jetzt eine klare Agenda für Wirtschaft und Industrie, die langfristig Wachstum durch höhere private und öffentliche Investitionen ermöglicht.

Viele der Probleme sind hausgemacht. Der Industriestandort Deutschland bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück. Ein Blick in andere Wirtschaftsräume wie die USA zeigt vor allem, dass eine Kultur des Vertrauens zwischen Politik und Unternehmen die Grundlage für Wachstum eröffnet. Allerdings nimmt die Wirtschaft hierzulande ein immer größeres Misstrauen der Politik wahr. Statt der sinkenden Attraktivität des Standortes entgegenzutreten, belasten neue bürokratische Pflichten ohne erwartbaren Mehrwert wie im Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Zusätzlich sind ordnungspolitische Irrwege wie die in der 11. GWB-Novelle vorgesehenen staatlichen Eingriffsrechte innovationsfeindlich. Weiterer bürokratischer Ballast aus europäischer Rechtsetzung kommt hinzu. Die Bundesregierung ist aufgerufen, jeglichen Spielraum für den Bürokratieabbau zu nutzen – das schafft Wachstumschancen zum Nulltarif.

Zudem ist Deutschland ein Hochkostenstandort, Steuern und Energiepreise befinden sich nicht auf einem international wettbewerbsfähigen Niveau. Das erschwert dringend notwendige Investitionen in Zukunftstechnologien wie Batterien und Wasserstoff. Zudem drohen energieintensive Industrien aus dem Standort verdrängt und Investitionen ins Ausland verlagert zu werden. Zwar sind die Weichen auf einen zügigeren Ausbau der Erneuerbaren gestellt, die umfassende Energieversorgung zu langfristig wettbewerbsfähigen Konditionen ist jedoch nicht zu erkennen. Damit fehlt heute eine wesentliche Grundlage für Investitionsentscheidungen. Gleichzeitig offenbaren sich in der digitalen und der grünen Transformation strukturelle Defizite des Standortes Deutschland, die langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gefährden. Die Alterung der Gesellschaft und der Fachkräftemangel dämpfen zusätzlich die Wachstumsperspektiven und Angebotsdynamik. Die Koalition lässt notwendige Ambitionen und ein abgestimmtes Handeln vermissen.

Den Herausforderungen struktureller Defizite am Standort wirksam entgegenzutreten, setzt einen lösungsorientierten Dialog zwischen Politik und Wirtschaft voraus. Trotz zahlreicher, sich oft duplizierender Gesprächsformate, ist es bislang nicht gelungen, konkrete Prioritäten zu setzen und die

Umsetzungspraxis der Transformationspolitik schneller und effizienter zu gestalten. Der Dialog bleibt Selbstzweck, wenn die konkrete Umsetzung nicht mit der unternehmerischen Realität vereinbar ist.

Die kommenden beiden Jahre sind gezeichnet von Wahlen, die nicht weniger als eine politische Richtungsentscheidung liefern werden. Die bevorstehenden Landtagswahlen, insbesondere in drei ostdeutschen Bundesländern, die Europawahl und die Wahlen in den Vereinigten Staaten haben das Potenzial für gravierende politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf Deutschland. Die Bundestagswahl 2025 könnte in einem erheblich verschlechterten innen- und außenpolitischen Kontext stattfinden. Die hohe politische und wirtschaftliche Unsicherheit dämpft die Bereitschaft der Unternehmen, in die Infrastrukturen, Technologien und Geschäftsmodelle der Transformation erfolgreich zu investieren. In Anbetracht der doppelten Transformation in einer völlig veränderten Sicherheitslage ist ein Abrutschen des Industrie-, Export- und Innovationslandes mit allen Kräften zu verhindern.

Wirtschafts- und Industriepolitik muss sich jetzt auf Strukturreformen und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen fokussieren. Es gibt umso weniger Raum für inkohärente wirtschaftspolitische Maßnahmen, die ihr Ziel verfehlen und Unternehmen in ihren Transformationsbemühungen behindern. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie abzusichern. Wir brauchen einen gemeinsam getragenen Schub für einen effizienteren, innovativeren und resilienteren Standort. Der BDI hat die aus seiner Sicht dringendsten und in dieser Legislatur noch umsetzbaren Maßnahmen zusammengefasst:

- Die Anreize für private Investitionen müssen über die geplanten Maßnahmen hinaus kräftig gestärkt werden: Die bisher geplante Investitionsprämie braucht ein höheres Volumen. Ziel muss auch bleiben, die steuerliche Belastung auf maximal 25 Prozent zu senken.
- Wesentlich schnellere Genehmigungen gehören ganz oben auf die Agenda: Der frühzeitige Baubeginn und eine Stichtagsregelung bieten große Potenziale und müssen Industrieanlagen mit einschließen.
- Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist die Grundlage für Klimaneutralität und den Erhalt energieintensiver Industriebranchen am Standort: Die staatlichen Abgaben auf Strom müssen noch im Bundeshaushalt 2024 deutlich reduziert und die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden. Ein schnellerer Ausbau der Erneuerbaren und neue wasserstofffähige Gaskraftwerke durch Maßnahmengesetze im Deutschlandtempo müssen das Angebot ausweiten.
- Die mangelhafte Koordination zwischen den Verwaltungsebenen sowie den Bundesressorts behindert eine modernere Verwaltung: Es braucht eine klare Kompetenzverteilung und ein koordiniertes Zusammenarbeiten, sonst droht der Stillstand – erst recht in der digitalen Transformation der Verwaltung. Alle OZG-Leistungen müssen bis 2026 volldigital, sicher und nutzerfreundlich angeboten werden.
- Die Bundesregierung muss die Zukunftsstrategie ernst nehmen: Um bei Schlüsseltechnologien international wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht es sowohl zielgerichtete Umsetzungsschritte in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen als auch die Unterlegung der Förderung mit Haushaltsmitteln.
- Die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften muss gesichert werden: Es braucht ein umfassendes und in sich stimmiges Gesamtkonzept – von der besseren Mobilisierung aller Potenziale im Inland bis zur arbeitsmarktorientierten Zuwanderung mit einer funktionierenden und unterstützenden Migrationsverwaltung.
- Deutschland muss weiterhin erfolgreiches Exportland bleiben: Eine Diversifizierung unserer Absatzmärkte ist zentral und neue Freihandelsabkommen zum Beispiel mit MERCOSUR, Australien und Mexiko sind dafür notwendig. Die Bundesregierung sollte sich auf europäischer Ebene hierbei für einen pragmatischen Ansatz bei Verhandlungen einsetzen.

Standort stärken

1. **Private Investitionen stärken:** Die Bundesregierung hat es versäumt, Impulse für mehr Wachstum durch Investitionen zu setzen. Zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen muss das Wachstumschancengesetz dringend beschlossen werden. Dabei sollte eine Investitionsprämie – mit höherem Volumen als bislang vorgesehen und unbefristet – eingeführt und die Abschreibungsbedingungen verbessert werden. Zudem sollte die Verlustverrechnung über die vorgesehenen Maßnahmen hinaus reformiert werden. Ziel muss sein, die Steuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von maximal 25 Prozent zu senken.
2. **Infrastrukturoffensive für Energie-, Verkehrs- und Wärmenetze sowie Digitales:** Den vorhandenen Plänen und Strategien der Bundesregierung zum Aufbau der Infrastruktur müssen nun Taten folgen. Das beinhaltet den Zugang zu erneuerbarem Strom, Wärme und Wasserstoff, eine digitale Infrastruktur, eine resiliente Verkehrsinfrastruktur einschließlich Lade- und Tankinfrastrukturen sowie einer durchgehenden Digitalisierung. Die Grundlage einer CO₂-Infrastruktur muss nun im Rahmen der Carbon Management Strategie geschaffen werden. Zur Modernisierung Deutschlands – nicht zuletzt im ländlichen Raum – sind deutlich höhere öffentliche Investitionen der Gebietskörperschaften über mindestens ein Jahrzehnt erforderlich.
3. **Bürokratie abbauen, Verwaltungsmodernisierung entschlossen vorantreiben:** Der Bürokratieabbau gelingt auch unter der aktuellen Bundesregierung im Wechselspiel mit den Ländern viel zu schleppend. Die öffentliche Verwaltung in Deutschland ist nicht hinreichend kooperativ, nutzerfreundlich, agil und digital: Mitte August 2023 sind nur 132 von 575 Leistungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bundesweit verfügbar und das Unternehmenskonto ist noch immer nicht bundesweit implementiert. Die im Bundeshaushalt 2024 vorgesehenen 3,3 Millionen Euro zur OZG-Umsetzung sowie die im Entwurf des OZG-Änderungsgesetzes fehlenden Umsetzungsfristen drohen zu einem Stillstand der flächendeckenden Verwaltungsdigitalisierung beizutragen. Bund und Länder müssen bis spätestens 2026 bundesweit einheitliche digitale Standardprozesse für Verwaltungshandeln implementieren.
4. **Schlagkräftige deutsche Industriepolitik:** Eine konsequente Industriestrategie wurde angekündigt, steht aber noch aus. Mit dieser muss die strategische Souveränität in kritischen Technologien, bei Rohstoffen, Waren und Dienstleistungen gestärkt, die doppelte Transformation durch Digitalisierung und Dekarbonisierung gefördert werden. Um wesentliche industriepolitische Belange des Standortes akteursübergreifend anzugehen, braucht es eine eindeutige Klärung der Ziele der verschiedenen Dialogformate.
5. **Arbeits- und Fachkräftebasis sichern:** Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz geht in die richtige Richtung. Es wird jedoch nur wirken können, wenn es gelingt, die praktische Umsetzung deutlich und zügig zu verbessern. Aus Sicht der Industrie fehlen angesichts der notwendigen Dekarbonisierung und Digitalisierung der Unternehmen vor allem Fachkräfte aus dem MINT-Bereich. Gefragt ist ein umfassendes und in sich stimmiges Gesamtkonzept. So passen Frühverrentungsanreize und das Ziel, ältere Menschen länger im Arbeitsleben zu halten, nicht zusammen. Das inländische Arbeitskräftepotenzial muss noch besser mobilisiert werden. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf würde vor allem Frauen eine vollzeitnähere Tätigkeit ermöglichen. Mehr Erwerbsmigration nach und weniger Abwanderung aus Deutschland sind weitere Bausteine, um Fachkräfteengpässen zu begegnen. Die Verwaltungsverfahren müssen hierbei spürbar vereinfacht, beschleunigt und digitalisiert werden. Im Wettbewerb um ausländische Fachkräfte muss Deutschland ein attraktiver Standort werden.

Technologieführerschaft ermöglichen

1. **Deutschlands Innovationssystem zukunftsfest aufstellen:** Die Bundesregierung hat es bisher nicht geschafft, eine deutlich höhere Innovationskraft am Standort zu entfesseln und damit die Technologieführerschaft Deutschlands zukunftsfest auszugestalten. Mit der Zukunftsstrategie wurden sechs übergreifende Missionen definiert, die zur Bewältigung der Transformationsherausforderungen beitragen sollen. Diese müssen nun unter enger Einbindung der Unternehmen in zeitlich abgrenzbare Speedboot-Missionen heruntergebrochen werden, um in dieser Legislatur noch Ergebnisse erzielen zu können. Außerdem sollte mit Blick auf die Forschungsbeiträge großer Unternehmen die Forschungszulage so angepasst werden, dass eine stärkere Incentivierung aller Unternehmen für Forschungsinvestitionen in Deutschland erreicht werden kann. Staatliche FuE-Fördermittel für Innovationsnetzwerke wie die industrielle Gemeinschaftsforschung, breitenwirksame Verbundprojekte und Einzelfördermaßnahmen sollen konsequent gestärkt werden. Nur so kann das 3,5-Prozent-Ziel für FuE-Ausgaben am BIP langfristig gesichert werden.
2. **Wettbewerbsfähigkeit durch Zukunfts- und Schlüsseltechnologien stärken:** Die Förderung passender Rahmenbedingungen für Schlüsseltechnologien folgt in Deutschland bisher keinem erkennbaren strategischen Schema. Die Bundesregierung muss innovationspolitische Strategien und Förderinstrumente miteinander verzahnen, die Koordination zwischen den Ressorts ausbauen und Projekte wie den Bau eines Quantencomputers langfristig über den Bundeshaushalt verlässlich fördern. Die Bundesregierung muss den stockenden Transfer von Forschungsergebnissen aus den Hochschulen und der außeruniversitären Forschung in industrielle Wertschöpfungsnetzwerke und Geschäftsmodelle stärken und die Start-up-Förderung mit geduldigem Kapital für das Wachstum von Schlüsseltechnologien ausstatten.
3. **Daten gezielt nutzbar machen:** Bund und Länder haben es versäumt, die Rechtssicherheit bei der Nutzung von Daten für Unternehmen zu erhöhen. Neben einer bundesweit einheitlichen Auslegungspraxis des Datenschutzrechts braucht es einer klaren Handreichung zur Abgrenzung von personenbezogenen Daten von Maschinendaten. Damit Unternehmen datenbasierte Geschäftsmodelle am Standort Deutschland entwickeln, bedarf es verlässlicher und praktikabler Anonymisierungsstandards. Mit dem Forschungsdatengesetz muss die Bundesregierung den Weg einer befähigenden, nicht überregulierenden Gesetzgebung wählen. Das Gesundheitsdatennutzungsgesetz muss die Aufholjagd für ein digitales Gesundheitswesen unter gleichberechtigter Einbindung der industriellen Gesundheitswirtschaft ermöglichen.
4. **Systemwechsel in der Raumfahrt:** Die neue Raumfahrtstrategie trägt den im Koalitionsvertrag angekündigten Ambitionen und der angekündigten Zeitenwende nicht Rechnung. Die ebenfalls im Koalitionsvertrag hinterlegte Stärkung des Nationalen Programms für Weltraum und Innovation bleibt bislang aus. Dies muss dringend korrigiert werden, um der rasant steigenden Bedeutung der Raumfahrt als „Operating System“ einer digitalen und nachhaltigen IoT-Ära Rechnung zu tragen. Die Bundesregierung sollte darüber hinaus die geplante mobile Startplattform in der Nordsee politisch unterstützen, um den Aufbau europäischer Responsive Space-Fähigkeiten von EU-Kontinentaleuropa zu ermöglichen.

Globale Wettbewerbsfähigkeit in der Transformation sichern

- 1. Energiekosten wettbewerbsfähig machen:** Die bereits hohen Energiekosten in Deutschland sind im Zuge der Energiekrise für viele Betriebe zu einem existenziellen Problem geworden. Die Gas- und Strompreisbremsen haben bei vielen Unternehmen aufgrund ihrer restriktiven Ausgestaltung nicht gewirkt. Für die Transformation zur Klimaneutralität müssen dauerhaft wettbewerbsfähige Energiekosten und eine verlässliche Energieversorgung geschaffen werden. Durch Maßnahmengesetze muss noch in dieser Legislaturperiode das Angebot durch schnelleren Ausbau der Erneuerbaren und neue wasserstofffähige Gaskraftwerke ausgeweitet werden. Die staatlichen Abgaben müssen noch im Bundeshaushalt 2024 deutlich reduziert werden. Geeignete Maßnahmen sind die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum oder zumindest ein Fortbestehen der Energiesteuerentlastungen (Spitzenausgleich) sowie die Beschränkung der Strom-Übertragungsnetzentgelte. Für besonders betroffene Unternehmen im internationalen Wettbewerb braucht es darüber hinaus direkte staatliche Stromkostenzuschüsse.
- 2. Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen:** Die Bundesregierung hat bislang nicht die dringend notwendige Beschleunigung von Genehmigungen auf den Weg gebracht. Insbesondere der Bereich Industrieanlagen ist aus dem Blick der Politik geraten. Die fehlende Beschleunigung dort verhindert eine zügige Transformation. Größtes Potenzial liegt in der Vereinfachung des vorläufigen Baubeginns, dem fakultativen Erörterungstermin und der Einführung von Stichtagsregelungen. Die Fuel Switch Regelungen sollten hierbei als Vorbild für dauerhafte Beschleunigung genutzt werden.
- 3. Markthochlauf von Wasserstoff und grünen Brennstoffen erforderlich:** Die längst überfällige Fortschreibung der nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) wurde richtigerweise vorgenommen. Die darin angekündigten Maßnahmen wie etwa der Aufbau eines Wasserstoffkernnetzes oder das Erreichen des heimischen Elektrolyseziels müssen nun rasch umgesetzt und mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Die angekündigte Importstrategie für klimaneutrale Energieträger muss die NWS zeitnah um eine internationale Komponente ergänzen. Zudem ist eine Biomassestrategie zu formulieren, die den systemdienlichen Einsatz heimischer Biomasse ermöglicht. Für den Luft- und Seeverkehr verpflichtende Quoten müssen wettbewerbsneutral umgesetzt werden.
- 4. Zirkuläres Wirtschaften stärken:** Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, die im Koalitionsvertrag genannten zahlreichen Maßnahmen zur Stärkung der industriellen Kreislaufwirtschaft umzusetzen. Eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie wird aktuell erarbeitet und soll Mitte 2024 finalisiert werden, was die Umsetzung der Strategie vor Ende der Legislaturperiode limitiert. Wir brauchen mehr Tempo und Gestaltungsanspruch Deutschlands in Europa.
- 5. Klimaneutrales Wohnen, Bauen und Sanieren ermöglichen und beschleunigen:** Die bisherige Arbeitsbilanz zum Neubau ist nicht zufriedenstellend, die Zielmarke von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr in weiter Ferne. Gleiches gilt für Sanierungen und die Wärmewende: Die mehrmaligen Förderstopps und der koalitionsinterne Streit um das Gebäudeenergiegesetz waren schädlich. Verteuernde Maßnahmen, wie die weitere Anhebung des Neubaustandards auf EH40 sollten kritisch geprüft und Impulse zur Belebung der Baukonjunktur gesetzt werden. Mit Blick auf die Sanierung muss Verlässlichkeit in der Förderung geschaffen und die folgende EU-Vorgabe für Mindestenergieeffizienzstandards zügig in nationales Recht übersetzt werden.

- 6. Markthochlauf Elektromobilität im Straßenverkehr sicherstellen:** Der vorgelegte Masterplan Ladeinfrastruktur II adressiert viele richtige Maßnahmen. Diese müssen deutlich beschleunigt und insbesondere das Initialnetz für schwere Nutzfahrzeuge aufgebaut werden. Einen analogen Masterplan für H₂-Tankinfrastruktur für Pkw und Nutzfahrzeuge gilt es vorzulegen und umzusetzen. Zudem ist die Bundesregierung aufgefordert, flankierende Rahmenbedingungen für den Antriebs- und Kraftstoffwechsel durch eine CO₂-Bepreisung und Reform der Energiesteuern auf Kraftstoffe zu schaffen.
- 7. Versorgung mit Rohstoffen für die Transformation sichern:** Konkrete Umsetzungsmaßnahmen zur angekündigten Unterstützung bei der Rohstoffsicherung und erleichterten heimischen Rohstoffförderung lässt die Bundesregierung bisher vermissen. Es ist unverständlich, warum die Garantien für Ungebundene Finanzkredite zur Absicherung von Rohstoffinvestitionen im Ausland nicht ausgebaut und eine Änderung im Steuerrecht zur bilanziellen Besserstellung bei der unternehmensinternen Rohstofflagerhaltung nicht vollzogen wurde. Der geplante Rohstofffonds für mehr heimische Förderung, Weiterverarbeitung und Recycling sollte nun zügig operationalisiert und haushälterisch abgesichert werden.
- 8. Wettbewerbspolitik als Innovationstreiber:** Für die digitale und ökologische Transformation ist es unerlässlich, innovative und nachhaltige Kooperationen von Unternehmen zu ermöglichen. Ein nachhaltigeres Wirtschaften und die Entwicklung neuer Technologien sind oft mit Kostensteigerungen und Risiken verbunden, die Unternehmen davon abhalten können, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Einer Zusammenarbeit zwischen Wettbewerbern im Bereich der Digitalwirtschaft und von Nachhaltigkeitsinitiativen sollte das Kartellrecht nicht im Wege stehen. Der mögliche Spielraum sollte im Rahmen der 12. GWB-Novelle weiter ausgelotet werden.

Europa und internationale Kooperation stärken

1. **Stärkung der Außenwirtschaft:** Um den geoökonomischen Herausforderungen und der internationalen Ausrichtung des Standortes gerecht zu werden, muss die Bundesregierung ihre außenwirtschaftspolitischen Kapazitäten stärken und bündeln. Rein nationale klimapolitische Vorgaben in der Außenwirtschaftsförderung und überbordende bürokratische Anforderungen an Sorgfaltspflichten in Lieferketten konterkarieren hingegen die Diversifizierungsbemühungen der Unternehmen.
2. **Starke Stimme in Europa:** Von der im Koalitionsvertrag versprochenen besseren Koordinierung ist bislang wenig zu spüren. Bei wichtigen Gesetzgebungsvorhaben, wie dem CO₂-Grenzausgleich, den Pkw-Flottengrenzwerten, der Lieferkettenrichtlinie, hat Deutschland nicht, beziehungsweise zu spät Position bezogen. Dies muss bei den noch ausstehenden EU-Vorhaben wie dem Net Zero Industry Act dringend besser werden.
3. **Strategische Europäische Handelspolitik:** Der Strategie für Wirtschaftssicherheit fehlt eine positive Handelsagenda, die ihr die richtige Balance aus Handelsschutzmaßnahmen und dem Öffnen neuer Bezugs- und Zielmärkte geben würde. Die Bundesregierung sollte sich auf europäischer Ebene für einen gleichwertigen positiven Ansatz stark machen.
4. **Freihandelsabkommen:** Die Bundesregierung hat das Thema Diversifizierung nicht ausreichend stark in den Blick genommen und hält immer noch zu starr an der Überfrachtung von potenziellen Abkommen fest. In den Verhandlungen mit neuen Handelspartnern sollte die Bundesregierung pragmatisch Kompromisse eingehen und von den europäischen Partnern mehr Flexibilität für eine positive Handelsagenda einfordern. Das muss zunächst bei konstruktiven Verhandlungen zu den Abkommen mit MERCOSUR, Australien und Mexiko erfolgen.
5. **Transatlantisches Bündnis:** Der EU-US-Handels- und Technologierat bleibt bisher hinter den Erwartungen zurück. Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit ihren europäischen Partnern weiter proaktiv auf die US-Regierung zugehen, ohne selbst protektionistischen Tendenzen zu verfallen. An der vertieften Partnerschaft mit Kanada muss die Bundesregierung weiter anknüpfen, gerade in den Bereichen Energie und Rohstoffe.
6. **Selbstbewusstes Auftreten gegenüber China:** Der Bundesregierung ist es mit der im Juni 2023 vorgelegten China-Strategie weitgehend gelungen, eine klare Haltung einzunehmen. Die Realität des neuen globalen Systemwettbewerbs mit China wird deutlich ausgesprochen und adressiert. Derisking, aber kein Decoupling – diese Strategie ist richtig. Die Ausgestaltung einzelner Maßnahmen, auch auf europäischer Ebene, ist jetzt entscheidend. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung dafür, sich für eine einheitliche europäische Chinapolitik einzusetzen und diese vorzuleben.
7. **Genehmigungsverfahren in der Ausfuhrkontrolle:** Deutschlands Ausfuhrkontrollverfahren sind nicht zukunftsfest. Die geopolitische Lage verlangt nach effektiven Verfahren. Diese müssen jedoch effizienter werden, um Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu stützen. Eine Stärkung des Substitutionsprinzips im BAFA, einen Entscheidungsvorbehalt für das BMWK bei Streitfällen in der Ressortabstimmung und deutlich mehr Personal und Mittel für die Verfahren sind notwendig.

8. **Sicherheitsvorsorge stärken:** Angesichts des Krieges in Europa und der angekündigten Zeitenwende muss die Bundesregierung bei ihrer Zusicherung bleiben, schon vom kommenden Jahr an mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung zu investieren. Des Weiteren muss das 100 Milliarden Euro Bundeswehr-Sondervermögen ausschließlich für Rüstungsvorhaben Verwendung finden.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Redaktion

Jürgen Hasler
Abteilungsleiter
Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1629
j.hasler@bdi.eu

Luca Fölkel
Referent
Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1587
l.foelkel@bdi.eu

Julian Ostendorf
Referent
Strategische Planung und Koordination
T: +49 30 2028-1453
j.ostendorf@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D1820